

Spaltung zwischen Arm und Reich wächst
PARITÄTISCHER diskutierte über Armutsbericht

Bremen ist Spitzenreiter: In kaum einem anderen Bundesland gibt es mehr überschuldete Menschen, mehr Kinder in Armut, mehr Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Bremen ist aber auch ein Land mit vielen wohlhabenden Menschen. Die soziale Spaltung der Gesellschaft ist in Bremen bereits Realität. Um die Lebenslagen ganz unterschiedlicher Zielgruppen im Land Bremen darzustellen, will der Bremer Senat im Sommer 2009 einen Armuts- und Reichtumsbericht veröffentlichen. Bereits im Vorfeld wurden auf zahlreichen Veranstaltungen die dargestellten Ergebnisse und die Maßnahmen zur Bekämpfung von Armutsfolgen diskutiert. Auch der Paritätische Bremen nutzte den Entwurf, um drängende Armutsprobleme zu diskutieren und vor allem auf die Lebenssituation von Kindern, älteren und behinderten Menschen in Bremen hinzuweisen.

„Rund 30 aller Kinder in Bremen leben in Armut, rund 25% aller Bremerinnen und Bremer leben dauerhaft oder zeitweise auf Hartz IV-Niveau. Mehr als ein Viertel aller jungen Menschen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung und werden deshalb auch zukünftig nur ein geringes Einkommen erzielen können“, stellte Gerd Wenzel, Vorsitzender des Paritätischen Verbandsrates, die bedrückenden Zahlen vor. Dabei falle Bremen deutlich in arme und reiche Stadtteile auseinander. Armut und Ausgrenzung bekämpfen, bedeutet für Wenzel vor allem, in Bildung zu investieren. „Wir müssen damit aufhören, Kinder nach der vierten Klasse auf unterschiedliche Schulformen zu verteilen. Und wir brauchen mehr Geld, damit in einer Schule alle Kinder individuell gefördert werden können“, so Wenzel. Zugleich forderte er auch, Steuern und Abgaben im Niedriglohnbereich zu senken.

Rudolf Martens vom Paritätischen Gesamtverband lobte die Qualität des Berichtes. „Man fühlt den politischen Willen, mit den Daten zu arbeiten“, so Martens. Bremen habe nach Hamburg das höchste Bruttoinlandsprodukt und damit ein großes Wirtschaftsvolumen, dennoch würden die Erwerbseinkommen sinken und mehr Menschen von Armut betroffen sein. Familien müssten mehr Geld für Kinder zu Verfügung haben. „Ein Erhöhung des Kindergeldes oder ein bedarfsdeckender Kinderregelsatz bedeutet, dass viele Familien nicht mehr in Armut leben müssen“, so Martens.

Heidemarie Rose, Abteilungsleiterin junge Menschen in der Sozialbehörde stellte einen Zusammenhang zwischen Einkommensarmut, Bildungsarmut und Erziehungsarmut her „Rund 60% aller Familien, die mit Erziehungshilfemaßnahmen unterstützt werden, erhalten Arbeitslosengeld oder ähnliches“, so Rose. Wichtig sei es, die Einkommen der Familien zu steigern, zum Beispiel für Alleinerziehende die Arbeitsmöglichkeiten durch flexible Kinderbetreuung zu verbessern. Man müsse aber auch für arme Kinder und Jugendliche mehr Möglichkeiten zur Teilnahme an Schul- oder Sportveranstaltungen eröffnen. In Stuttgart zum Beispiel gäbe es Bonuskarten für Familien mit geringen Einkommen. Schulen erhielten dort pro Kind mit Bonuskarte zusätzlich 100 Euro im Jahr, um Schulfahrten, Ausflüge oder zusätzliche kostenlose Mittagessen für die Kinder zu finanzieren. „Elternschaft darf nicht zu Armut führen“, forderte Peter Krams vom Kinderschutzbund. Elternbildung, kostenfreie Kindertagesbetreuung und Ganztagschulen seien geeignete Maßnahmen, um Familien zu unterstützen.

Armut im Alter sei im Vergleich zu Kinderarmut in Bremen derzeit kein drängendes Problem, so Klaus Krancke vom Sozialressort. Allerdings würden Arbeitslosigkeit, Teilzeitbeschäftigung und Minijobs in Zukunft dazu führen, dass mehr ältere Menschen nur kleine Renten zu erwarten haben. Auch Einsamkeit und fehlende Kontakte zu Angehörigen

seien Probleme. „Medikamente, Zahnversorgung, eine gute Pflege und Betreuung aber auch eine Taxifahrt zum Seniorencafé oder ins Theater kosten Geld. Wer alt wird und aufgrund von gesundheitlichen Beeinträchtigungen Unterstützung braucht, wer keine Angehörigen und nur wenig Geld hat, der ist in Gefahr, vom gesellschaftlichen Leben völlig ausgeschlossen zu werden“, so Krancke. Marion Woyczeck vom Dienstleistungszentrum Blumenthal schilderte die Situation von armen alten Menschen im Stadtteil. „Manche älteren Menschen geben mehr als 50% ihrer Rente für die Miete aus. Dann wird bei der Heizung gespart, was zu Schimmelpilz in Wohnungen und Krankheiten führen kann“, so Woyczeck. Wichtig sei auch, genau hinzuschauen und auch verdeckte Armut wahrzunehmen. „Im Bremer Stadtteil Huchting gibt es Seniorenscouts, die ältere Menschen in ihren Wohnungen aufsuchen und ihnen Hilfe anbieten“, so Woyczeck.

„Ebenso wie ältere Menschen brauchen auch behinderte Menschen einfach mehr Geld, um ihre Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu realisieren“, sagt Dieter Stegmann von der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen. Dabei sei es aber häufig so, dass gerade Jüngere aufgrund ihrer Behinderung keine Schul- und Ausbildungsabschluss erwerben könnten, arbeitslos und zeitlebens auf Sozialhilfe angewiesen seien. Stegmann forderte eine Anerkennung von Schulabschlüssen auch unterhalb des Hauptschulniveaus und verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten für behinderte Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

„Das Thema Armut muss in Bremen zum Querschnittsthema werden“, verlangte Gerd Wenzel zum Abschluss „Auch Handelskammer und Bremer Wirtschaft müssen die Armutsbekämpfung zu ihrem Thema machen.“